Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 1.
Louis Lösche, Katharinenstr. 23, p.
nur bis ½5 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 19,200.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tagblatts-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 50 Mk.
mit Postbeförderung 60 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unl. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.
Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 23. Sonnabend den 23. Januar 1886. 80. Jahrgang.

Zur gefälligen Beachtung.

Unsere Expedition ist morgen

Sonntag, den 24. Januar,
Vormittags nur bis ½9 Uhr

geöffnet.

Expedition des Leipziger Tageblattes.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Wir machen hierdurch öffentlich bekannt,

1) daß alle in Leipzig wohnhaften Knaben, welche Ostern 1884 und Ostern 1885 aus einer der hiesigen Volksschulen entlassen worden oder von einer höheren Schule abgegangen sind, ohne im letzteren Falle das 15. Lebensjahr vollendet und die Classe erreicht zu haben, welche diesem Alter nach dem Plane der Schule entspricht, zu dem Besuche der **Fortbildungsschule für Knaben** verpflichtet sind;

2) daß die Anmeldung derselben, wenn sie im Bezirk der I. Fortbildungsschule wohnhaft sind, bei Herrn Director Püschmann, dafern sie sich aber im Bezirk der II. Fortbildungsschule aufhalten, bei Herrn Director Dr. Steeri zu erfolgen hat;

3) **daß auch diejenigen Knaben anzumelden sind, welche aus irgend einem Grunde von dem Besuche der städtischen Fortbildungsschule entbunden zu sein glauben;**

4) daß hier einpfehlende Knaben, welche Ostern 1883, 1884 und 1885 aus einer auswärtigen Volksschule entlassen worden sind, ebenfalls zum Besuche der Fortbildungsschule verpflichtet und sofort, **spätestens aber binnen drei Tagen nach dem Einzuge,** bei dem Director der Fortbildungsschule ihres Bezirks anzumelden sind;

5) daß Eltern, Lehrherren, Dienstherrschaften und Arbeitgeber bei Vermeidung einer Geldstrafe bis zu 30 ℳ, die im Falle der Nichtbeitreibung in Haft umzuwandeln ist, **die schulpflichtigen Knaben zu dieser Anmeldung anzuhalten oder letztere selbst vorzunehmen haben.**

Leipzig, den 18. Januar 1886.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Tröndlin. Lehnert.

Bekanntmachung.

In Folge mehrfach wahrgenommener Zuwiderhandlungen gegen die betreffenden Bestimmungen bringen wir hierdurch in Erinnerung, daß das **Betreten** der **Gebäude** des **neuen** und **alten Theaters,** einschließlich der **Vorhallen,** mit **brennender Cigarre** oder **brennender Tabakspfeife** bei Vermeidung von 15 ℳ Geldstrafe oder verhältnißmäßiger Haftstrafe verboten ist und daß jede zu unserer Kenntniß gelangende Uebertretung dieses Verbots unnachsichtlich geahndet werden wird.

Leipzig, am 18. Januar 1886.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Tröndlin. Hennig.

Holz-Auction.

Mittwoch, den 3. Februar c. sollen im **Grasdorfer Forstreviere,** im sogenannten Schanz und am Pflanzgarten

5 Eichen-
11 Kiefern-
11 Birken-
1 Rothbuchen-
1 Erlen- } **Nutzklötze,**
100 **Böttcher-Reifen,**
9½ Raummeter **Eichen-Scheite,**
50 **Wurzel-Haufen** und
30 **Langhaufen**

unter den öffentlich aushängenden Bedingungen und der üblichen Anzahlung am Ort und Stelle meistbietend verkauft werden.

Zusammenkunft: Vormittags ½9 Uhr auf dem Mittelwaldschlage im Schanz und ½11 Uhr am Pflanzgarten.

Leipzig, am 21. Januar 1886.

Des Raths Forstdeputation.

Nichtamtlicher Theil.

Der Antrag Rochefort.

Fünf Tage nach Verlesung der ministeriellen Erklärung und vierzehn Tage nach der Constituirung des Ministeriums Freycinet wurde von der Deputirtenkammer mit 251 gegen 248 Stimmen der Antrag Rochefort's auf Erlaß einer Amnestie angenommen und für dringlich erklärt. Dieselbe Verbindung, welche am 24. December Briffon zum Rücktritt veranlaßte, hat sich am 21. Januar wiederum zur Beherrscherin der Lage aufgeschwungen und den Beweis geliefert, daß alle Bemühungen des Präsidenten Grevy und des Ministeriums, die Einigkeit unter den Republikanern herzustellen, vergeblich sind. Clemenceau war es, um welchen sich am 24. December 269 Abgeordnete schaarten, um den Tonkincredit zu Falle zu bringen, und der Intransigent Rochefort hat am Donnerstag Arm in Arm mit Cassagnac und Kerdrel dem Ministerium Freycinet die erste Niederlage bereitet. 85 Deputirte fehlten bei der wichtigen Abstimmung, darunter der großen Mehrzahl nach Republikaner. Die Anhänger der Monarchie ließen sich die günstige Gelegenheit nicht entgehen, für die Vernichtung von einer Reihe monarchischer Wahlen Vergeltung zu üben; die Monarchisten haben gegen den Tonkincredit gestimmt, sie haben gegen den Wahlact vom 28. December Widerspruch erhoben, weil bei demselben vier Departements unvertreten waren, und sie haben für den Amnestieantrag Rochefort's gestimmt, nicht weil sie mit dem Inhalte des Antrags übereinstimmen, sondern weil sie der Regierung zeigen wollen, daß sie das Heft in Händen haben, daß sie ein Bündniß mit den Feinden jeglicher staatlichen Ordnung nicht scheuen, wenn es gilt, die Grundlage der Republik zu erschüttern. Mit der Zustimmung zu dem Antrage Rochefort wurde der Republik das Urtheil gesprochen. Der begnadigte Communist Rochefort hat mit den Republikanern vom Schlage Grevy's und Freycinet's nichts zu schaffen, er fühlt sich nur in der Gesellschaft von Louise Michel und Fürst Kropotkin wohl; die rothe Fahne ist das Banner, unter welchem er kämpft, und auf den rauchenden Trümmern von Paris, in einer von Dynamit und Petroleum gesättigten Atmosphäre gedenkt er den französischen Staat der Zukunft aufzurichten. So rächen sich die Fehler, welche die Republik seit dem 30. Januar 1879 verschuldet hat; die Zurückberufung Rochefort's und seiner Gesinnungsgenossen aus Neu-Caledonien weckte den Keim zu der Entwickelung, deren Früchte heute vorliegen.

Es war ein Wahn, welcher Grevy und Freycinet zu dem Glauben verführte, daß zwischen Leuten wie sie selbst und von der Art Clemenceau's und Rochefort's Einigkeit oder auch nur zeitweise Versöhnung möglich sei. Rochefort hat die Zeit nicht vergessen, welche er fern vom Vaterlande unter der brennenden Sonne Neu-Caledoniens zugebracht hat; was gilt ihm die Republik vom 4. September, wenn er darin nicht die leitende Rolle spielen kann. Der Laternenmann bekämpft heute den Präsidenten der französischen Republik mit derselben Heftigkeit, wie er einst gegen Napoleon III. zu Felde zog; er ist nicht der unversöhnliche Feind des Kaiserthums oder der conservativen Republik, sondern der Feind jeder Staatsform, welche ohne ihn besteht; Cassagnac gilt ihm nicht als Bonapartist und Kerdrel nicht als Legitimist, wenn er mit ihrer Hilfe Freycinet stürzen kann; er heißt sie als werthvolle Bundesgenossen willkommen.

Die Abstimmung des 21. Januar hat einmal wieder volle Klarheit über die französischen Zustände verbreitet. Nur eine eiserne Faust vermag den Parteigeist in Frankreich zu bannen; ein Mann, der die Franzosen von Erfolg zu Erfolg führt, hat Autorität, sie dauernd zu beherrschen; eine Persönlichkeit wie Freycinet, welche gewiß gethan zu haben meint, wenn sie ihnen gute Rathschläge ertheilt und sie durch heitere Ausmalung der Zukunft zu gewinnen sucht, ist auf dem Holzwege. 457 von 884 französischen Deputirten und Senatoren haben am 28. December Grevy ihre Stimme gegeben, aber nicht weil sie ihn für das ihren Wünschen entsprechende Staats-Oberhaupt erachten, sondern weil kein Anderer da ist, zu dem sie mehr Vertrauen haben. Der Hauptgrund der gegenwärtigen Unzufriedenheit ist das Gefühl der Langeweile, es ist Niemand da, der den Franzosen eine interessante Komödie vorspielt. In einem Lande von Versöhnung der Parteien sprechen, wo sich die Gegner im Parlament mit den Fäusten bearbeiten, ist etwa dasselbe, als wenn man Feuersgefahr und Wassernoth durch Gebete beschwören wollte. Den extremen Parteien ist in Frankreich jedes Mittel recht, um zum Ziele zu gelangen, sonst würden die Legitimisten und Bonapartisten nicht den Communisten die Hand zum Bunde reichen, wie sie es am 21. Januar und am 24. December gethan haben. Das Ministerium Freycinet hat bereits heute keinen festen Boden mehr unter den Füßen, und obwohl Goblet am Donnerstag nicht die Cabinetsfrage gestellt hat, so ist die Niederlage, die er erlitten hat, doch so schwer, daß sich die Regierung kaum davon erholen wird.

Brisson hatte die Lage richtig beurtheilt, als er am 24. December nach der Abstimmung über den Tonkincredit seine Entlassung einreichte; für eine gemäßigte Regierung war seit diesem Tage kein Platz mehr. Die Monarchisten und die äußerste Linke haben die Oberhand über die gemäßigten Republikaner gewonnen, und beide werden diese Lage so lange für ihre Zwecke ausnutzen, bis sie die von ihnen vertretene Sache zum Siege geführt haben. Die Monarchisten triumphirten am 4. October, die Anarchisten und Communisten feiern den 21. Januar als den Siegestag, die Besiegte aber ist in beiden Fällen die Republik. Wie unzureichend und werthlos erscheint nach diesem Ergebniß die vom linken Centrum mit dreifacher Beifallssalve begrüßte ministerielle Erklärung! Noch sind kaum die ersten Einleitungen für die Versöhnungs-Aera getroffen und schon sind die Unversöhnlichen auf dem Plane erschienen, um unter Mitwirkung der Monarchisten die Republik des Herrn Grevy mit Feuer und Schwert zu vertilgen. Vergeblich rief der Minister Goblet den Vertheidigern der Amnestie zu, daß die Gnade jetzt nicht mehr politische Verbrecher, sondern Diebe, Räuber und Mörder treffen werde, und daß man vernünftiger Weise doch nicht in demselben Zuge Wahlen vernichten und Die, welche ungesetzmäßige Wahlen verschuldet haben, für straflos erklären könne. Alles vergeblich. Die politischen Leidenschaften sind jetzt in Frankreich entfesselt und werden sich nicht eher wieder bändigen lassen, als bis die Verwirrung den höchsten Grad erreicht hat. Louise Michel und Kropotkin haben, kaum aus der Haft entlassen, eine Agitation für die Amnestie ins Werk gesetzt, und die Mehrheit der Deputirtenkammer hat sich für dieses Gebahren erklärt, wenige Wochen, nachdem sie Grevy, das Muster von Mäßigung und Friedfertigkeit, auf fernere sieben Jahre zum Staatsoberhaupt gewählt hatte. Der erste Act unter der Herrschaft des neuen Präsidenten ist bereits zum Nachtheil der von ihm verkündeten Regierungsgrundsätze noch vor Ablauf seiner ersten Amtsdauer zum Abschluß gekommen; das Ministerium Freycinet hat die Erfahrung gemacht, daß man andere schärfere Mittel in Anwendung bringen muß, wenn man es unternimmt, die Republikaner untereinander zu versöhnen. Man kann die Lage nicht treffender kennzeichnen, als wenn man auf die Thatsache verweist, daß gegenwärtig in Frankreich die Unversöhnlichen über die Geschicke des Landes entscheiden. *

Leipzig, 23. Januar 1886.

* Der **Bundesrath** hat in seiner Plenarsitzung am Donnerstag dem Ausschußantrag über den Antrag Hamburgs wegen Abänderung des §. 802 der Civilproceßordnung, betreffend die Zustellung von Arrestbeschlüssen an den Schuldner ꝛc., zugestimmt und auch dem mündlichen Ausschußberichte, betreffend den Entwurf eines Gesetzes wegen Abänderung des Paragraphen 137 des Gerichtsverfassungsgesetzes (Verweisung zur Verhandlung und Entscheidung vor die vereinigten Senate des Reichsgerichts), seine Zustimmung ertheilt.

* Herr **Bamberger,** welcher in seinem famosen Plaidoyer für die russischen Polen contra deutsche Reichsregierung auch für die österreichischen Deutschen eine Lanze zu brechen versuchte, wird selbst von den Organen der „schärfsten Tonart" in Oesterreich mit verdientem Spott und Hohn behandelt. So sagt die in Reichenberg erscheinende „Deutsche Volkszeitung" in ihrem „Ein Auch-deutscher" überschriebenen Artikel über Herrn Bamberger's Rede:

In der Reichstagsdebatte über die von Preußen in seinen östlichen Provinzen verfügten Ausweisungen hat der Abg. Bamberger eine Rede gehalten, welche in allen deutschnationalen Kreisen Oesterreichs den entschiedensten Widerspruch erregen muß. Bamberger gehört der deutschfreisinnigen Partei an, welche durch ihre ganze Haltung in nationalen Angelegenheiten und gerade auch hier wieder den Beweis geliefert hat, daß die Bezeichnung „deutsch" in ihrem Fractionsnamen die pure Heuchelei ist. Wir in Oesterreich und weit das ganze Ausland wir uns sind der Ueberzeugung, daß der Reichskanzler Fürst Bismarck in Allem und Jedem eine echt nationale, eine echt deutsche Politik treibt, daß er, und zwar nicht erst seit gestern, die Einheit und Größe, sowie das wirthschaftliche Gedeihen des deutschen Volkes mit unermüdlicher, vor keinen Schwierigkeiten zurückschreckender Consequenz zu fördern strebt und daß er vor Allem es ist, welcher, getragen von dem nie wankenden Vertrauen des greisen Heldenkaisers, in allen diesen Richtungen bereits große Erfolge errungen hat. Wir sind auch überzeugt, daß auch die weitaus große Mehrheit des deutschen Volkes innerhalb der Reichsgrenzen diese Ueberzeugung theilt und in Bismarck den glänzendsten Repräsentanten des deutschen Nationalgedankens erkennt und verehrt. Daß aber im deutschen Reichstage, dem offiziellen Vertreter des Volkes, Parteien existiren, welche sich sogar deutsch zu nennen wagen, welche nicht einen Funken deutschen Gefühles in ihrer Brust tragen, hat zur ewigen Schmach des Parlamentarismus die letzte Polendebatte im deutschen Reichstage gezeigt. Verblendete inactive Opposition muß es genannt werden, welche die Parteien zu einem solchen Vorgehen bewegt.

Was uns aber veranlaßt, an dieser Stelle uns mit diesem Bamberger besonders zu beschäftigen, ist seine Hereinziehung österreichischer Verhältnisse. „Die schlimmste Folge der Ausweisungen ist die heutige Slavenpolitik Oesterreichs und der dort herrschende Deutschenhaß", meint der Bamberger. Wir, die wir mit Verlaub die österreichischen Verhältnisse besser kennen, wissen sehr wohl, daß der Haß der Slaven gegen die Deutschen etwas älter ist als jene Ausweisungen und sich geschichtlich weit schon Jahrhunderte nachweisen läßt. Und die slavenfreundliche Politik des gegenwärtigen Cabinets? Auch diese datirt unseres Wissens seit 1879 und nicht erst von den Ausweisungen her. „Wer hat", fährt der deutschfreisinnige Redner fort, „den Abg. Herbst, den Führer der deutschen Opposition in Oesterreich, mit der Lauge des Spottes übergossen? Es war der Reichskanzler. Die traurige Folge ist die Verachtung der Deutschen seitens der Slaven und Czechen." Nun, und Deutschen in Oesterreich ist wohl bekannt, daß wir von Slaven und Czechen gehaßt und angefeindet, nicht aber, daß wir von ihnen, wenn nicht eben Dr. Gregr einen Wahnsinnsanfall hat, verachtet werden.

Und was die Aeußerung über die Herbstzeitlosen anbelangt, so sind wir Deutsche Oesterreichs längst zu der Ueberzeugung gelangt, daß Bismarck's Kritik der Verfassungspartei eine herbe, aber nicht unverdiente war. Eben auf den Umstand, daß diese Partei sich in einem doctrinären Liberalismus verrannte, die wirthschaftlichen Interessen der breitesten Schichten der Bevölkerung vernachlässigte und nationale Interessen der Deutschen überhaupt nicht kannte: Das ist die tragische Schuld dieser Partei, welche hierin mit den Deutschfreisinnigen eine bedenkliche Aehnlichkeit besitzt. Und daß diese Partei, wenn sie später über Zurücksetzung der Deutschen jammert, sich wie den Selbstvorwurf wird erwarten können, daß sie die rechte Zeit, das Deutschthum bewahren zu sichern, versäumt hat, welcher Kenner der neueren österreichischen Geschichte wird das leugnen?

Den deutschen Reichskanzler für die Entwickelung der österreichischen Verhältnisse verantwortlich zu machen, ist eine Albernheit. Sollte Bismarck zu Gunsten der Deutschen Oesterreichs diplomatisch intervenireu? Das hätte doch Oesterreich als eine flagrante Einmischung in seine inneren Verhältnisse zurückweisen müssen, wenn es sich nicht auf den brutalen Standpunct der Türkei etwa stellen wollte. Eine diplomatische Intervention in diesem Sinne mußte zum Kriege führen und daß Bismarck dies vermieden hat, wagt ihm Bamberger zum Vorwurf zu machen, während er ihn in einem Athem dafür tadelt, daß er aus nationalen Gründen die östlichen Provinzen Preußens von eingewandertem polnischen Elemente zu säubern suchte.

Wir Deutschen in Oesterreich wissen am besten, was eine heftige slawische Einwanderung in deutsches Gebiet zu bedeuten hat. Die deutsch-böhmischen Städte wissen vor Allem ein Lied davon zu singen.

Daß Bismarck eine nationale Gefahr nicht erst zu übermächtiger Größe heranwachsen läßt, sondern ihr in ihren ersten Anfängen entgegentritt, darin unterscheidet er sich eben zu seinem Vortheile von unseren Herbstzeitlosen.

Uns Deutschnationalen Oesterreichs, die wir den Kampf mit unseren Gegnern allein auskämpfen müssen und wollen, ist gleichwohl der große deutsche Kanzler das Ideal eines nationalen Staatsmannes.

Mögen ihn seine factischen Gegner im Reiche verkleinern und mit ihren albernen Wipeleien verfolgen, er bleibt doch der Löwe, der nur die Pranke zu heben braucht, um sie niederzuschmettern zum Heile der deutschen Nation, die ihn noch Jahrhunderten noch als ihren größten Staatsmann verehren wird.

Hoffentlich werden es die polnischen Zeitungen Herrn Bamberger zu Tröstungen für diesen Mangel an Galanterie bei den Oesterreichern nicht fehlen lassen.

* Gegenüber einigen Blättern, welche nach den jüngsten Erklärungen der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" betreffs der Karolinen-Angelegenheit bezweifelt hatten, daß es der Vermittelung des Papstes überhaupt bedurft habe, wird in dem Regierungsorgan u. A. bemerkt: „Bei dem Anrufen der päpstlichen Vermittelung handelte es sich nicht um das Object der Karolinen, nicht darum, ob dieselben dem Einen oder dem Anderen zuzusprechen seien, sondern um eine hochgradige Spannung zwischen Deutschland und Spanien. Der Territorialbesitz der Karolinen ist an sich kein Gegenstand von größerer Wichtigkeit gewesen, als die Streitigkeiten, die in Westafrika, am Cap und im größeren Maßstab noch in Neu-Guinea zwischen England und Frankreich einerseits und Deutschland andererseits geschwebt haben, Streitigkeiten, die mit Leichtigkeit im Wege gewöhnlicher Correspondenz und ohne jede Vermittelung geschlichtet werden konnten. Jeder Leser im Publicum weiß, wie hoch die Erregung zeitweise in Spanien gestiegen ist, wie bedenkliche Momente für unseren Frieden mit diesem befreundeten Lande und für dessen eigenen inneren Zustand vorhanden gewesen sind. Die Spannung zwischen zwei an sich auf gegenseitige Freundschaft angewiesenen Nationen beigelegt zu haben, ist das hohe und unbestreitbare Verdienst der päpstlichen Vermittelung. Kein anderer als der Papst würde denselben Erfolg erreicht haben, es gehörte dazu die allseitige Verehrung, deren sich die Persönlichkeit Leo XIII. erfreut, und die besondere Begabung für die Geschäfte des Friedens, die diesem hohen Herrn nach Charakter und Wissen beiwohnen."

* Aus **München** wird Frankfurter Blättern übereinstimmend gemeldet, daß die Wendung in der Ordnung der finanziellen Angelegenheiten des Königs Ludwig auf eine Unterredung zurückzuführen sei, welche die Königin-Mutter zu Weihnachten mit ihrem Sohne in Hohenschwangau hatte. Der Cabinetsrath Ring wurde mit einer auf längere Zeit zurückgreifenden Prüfung der Cabinetscasse beauftragt. Als Ergebniß dieser Untersuchung bezeichnet die Correspondenz der „Frankfurter Zeitung" das Folgende:

Der Chef der Cabinetscasse constatirt, daß verschiedene Grundstücke, bes. der Erzeug derselben, nicht für die Civilliste gekauft sich vorfinden, obwohl sie Eigenthum derselben seien. Ferner weist immer größer maßlose Ueberschreitungen der Dispositionen für die Bauten Sr. Majestät zu Tage, denen ein rasches Ende bereitet werden soll. Ring berechnet den Werth der von der Hypotheken- und Wechselbank mit 7,000,000 belehnten Grundcomplexe auf mindestens 12,000,000, und seine Absicht geht dahin, eine Anleihe in dieser Höhe zu contrahiren Zwecks Heimzahlung des früheren Anlehens und Flottmachung von Baargeld, um auch die weiteren Gläubiger zu befriedigen. Die Stuttgarter Installationsfirma hat etwas über 40,000 ℳ baar erhalten, und dadurch ist einer der drängendsten Gläubiger zum Schweigen gebracht, ebenso wurden zwei dieser Gläubiger befriedigt. Am 1. d. M. wurde die regelmäßig geplante Ratenzahlung an die vorgemerkten Gläubiger, denen eine Sporc. Verzinsung garantirt ist, begonnen. Alles läuft darauf hinaus, aus eigener Kraft eine bessere Finanzlage anzustreben. Zu diesem Zweck offenbar ist eine allgemeine Inventarisirnahme des gesammten königlichen Eigenthums angeordnet, und der Chef der Cabinetscasse spricht davon, einige Grundstücke, falls ein guter Preis dafür geboten würde, zum Verkauf zu bringen. Hier scheint der Rath der Leib-Regimentskolonne gemeint zu sein, der nun bei 80 Thalern bewertheit ist. Für kein Memorandum hat Ring ein Denkschreiben inhaltlich des Ausdrucks „Allerhöchster Zufriedenheit" erhalten.

* Die königlich **griechische Kriegsflagge,** welche bisher noch niemals in der Ostsee sichtbar war, weht augenblicklich daselbst auf dem Mast von 6 kleineren Torpedobooten. Es waren von dem Marineministerium des deutschen Reiches auf der großen Werfte des „Vulcan" bei Stettin 6 Torpedoboote in Bestellung gegeben, welche contractmäßig im Herbst abgeliefert werden sollten. Die Ablieferung konnte bekanntlich nicht zur rechten Zeit ausgeführt werden, und so ward von Berlin aus der Befehl gegeben, die Annahme zu verweigern. Diese 6 kleinen, ganz vorzüglich nach dem Modell der übrigen Torpedofahrzeuge der deutschen Flotte gebauten Boote sind jetzt von der Regierung zu Athen angekauft, mit der griechischen Kriegsflagge versehen worden und befinden sich auf dem Wege von Swinemünde nach dem Piräeus. Wenn auch die griechischen Seeleute wegen ihrer Geschicklichkeit und Kühnheit allgemein den besten Ruf genießen und unbedingt zu den besten des Mittelmeers gehören, so tauchen sie doch, wie alle Südländer, nicht eben zu Winterfahrten in der wildbrausenden Ostsee, wo kleine Fahrzeuge, die von den Wellen überschauert werden, und das eisgefrorene Segel- und Tauwerk den Matrosen, die darin umherklettern müssen, oft unsagbare Beschwerden bereiten. Aus diesem Grunde hat die griechische Regierung pommerische und mecklenburgische Matrosen und Capitaine von der Handelsmarine, die im Winter unbeschäftigt sind, gegen hohe Bezahlung angeworben, welche diese kleinen Fahrzeuge nach Griechenland zu bringen haben. Da die Torpedoboote nicht viele Kohlen einzunehmen vermögen, so geschieht die Fahrt durch den Belt und stets längs der Küste, um nöthigenfalls schnell in Rothhäfen einlaufen zu können.

* * *

* **Wie uns das kaiserliche Hofpostamt in St. Petersburg** mittheilt, ist die von uns (in Nr. 363 vom 29. December v. J.) und auch von anderen deutschen Blättern gebrachte Mittheilung, daß in den Postämtern zu Riga, Dorpat und Moskau „Schwarze Cabinete" zur Ausspähung verdächtiger Briefe vorhanden und in Thätigkeit wären, der Wahrheit nicht entsprechend. Dieses Gerücht mag, wie uns weiter mitgetheilt wird, durch die Anordnung entstanden sein, daß in den russischen Postanstalten die aus dem Auslande eingehenden Kreuzbandsendungen mit Waarenproben von Zollbeamten in Gegenwart der Empfänger sortirt und verzollt werden. Wir erachten es als unsere Pflicht, hiermit unsere diesbezügliche Mittheilung zu berichtigen.

* Ueber die Vorgänge beim Feste der **Wasserweihe in Petersburg** äußert sich die deutsche „St. Petersburger Zeitung" wie folgt: „Seine Majestät der Kaiser hat sich heute, Dienstag, beim Fest der Wasserweihe im Winterpalais die früher in Bulgarien angestellten Offiziere, etwa 30—40, durch den ehemaligen bulgarischen Kriegsminister Fürsten Kantakuzen und den Herren Commandanten von St. Petersburg vorstellen lassen und die Herren einer Ansprache gewürdigt, deren Wortlaut uns noch nicht in der amtlichen Zeitung vorliegt, deren Inhalt aber durch die zahlreichen Ohrenzeugen so weit bekannt geworden ist, daß wir meinen, in dem erneuten kaiserlichen Dank für die Ausbildung des bulgarischen Heeres, die sich glänzend bewährt hat und in der Allerhöchsten Hoffnung, daß alle die Mühe für uns nicht umsonst sein und uns mit der Zeit noch Nutzen bringen werde, ein neues Unterpfand froher Hoffnung für die günstigen russisch-bulgarischen Beziehungen freudig und dankbar begrüßen zu dürfen."

* Michael Czajkowski (Sadyk Pascha) hat, wie bereits aus Kiew gemeldet wurde, am 20. d. M. auf seinem Landgute im Gouvernement Tschernigow seinem Leben freiwillig ein Ende gemacht. Er war 1808 in der Ukraine geboren und 1832, nachdem die polnische Erhebung mißglückt war, nach Paris gegangen, wo er als Schriftsteller auftrat und eine Reihe geistvoller Erzählungen verfaßte. Dann legte er die Feder wieder bei Seite und wandte sich der militärisch-politischen Thätigkeit mit noch größerem Erfolge zu. Als Agent des Fürsten Adam Czartoryski begab er sich nach Konstantinopel, trat 1851 dort zum Islam über und wurde als Mohamed Sadyk zum Oberst der slawischen Reiterei (osmanischen Kosaken), später auch zum Pascha ernannt. Im Krimkriege zeichnete er sich bei der Belagerung von Silistria und als Militairgouverneur in Bukarest aus; da aber die Pforte seine Hoffnungen, durch ihre Hilfe Polen wiederherzustellen zu helfen, nicht erfüllen konnte, verließ er 1872 den türkischen Dienst, huldigte dem Zaren, trat zur griechischen Kirche über und zog sich auf sein Landgut zurück. Der einst so populäre Schriftsteller hatte die Gunst seiner Landsleute vollständig verscherzt.

* Zur Kennzeichnung des rückhaltslosen Entzückens, mit dem die **braven Serben** sich für den Krieg begeistern, sei hier ein kleiner Bericht mitgetheilt: Es stellt sich in Nisch eine Abordnung ein, die ihre Bittschrift oder Erklärung über-